

14. Dezember 2002

antikriegs-info

der DKP Karlsruhe

Stoppt den Krieg für Öl, Profit und Macht!

**NEIN
ZUM KRIEG!**

“Den ersten Krieg gegen den Irak haben die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten des Erdöls wegen geführt. Auch am zweiten Krieg wird es seinen Anteil haben. Präsident George W. Bush und sein Vize Dick Cheney haben lange genug in der Ölindustrie gearbeitet, um die Chancen und Risiken des Militärschlages gegen den Irak ... ab w ä g e n z u k ö n n e n.” (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2.9.02)

Um welche “Chancen und Risiken” gehtes?

Die Internationale Energieagentur (IEA) hat Ende September ihren “Welt-Energie-Ausblick” bis zum Jahr 2030 vorgelegt. Die Kernthesen der Prognose: Der Primärenergiebedarf wird sich bis 2030 gegenüber heute um zwei Drittel erhöhen. An den Proportionen der Primärenergieträger ändert sich dabei so gut wie nichts. Öl und Erdgas bleiben die Hauptenergielieferanten. Der Anteil des Erdöls bleibt bei rund 40 Prozent. Die Nachfrage nach Erdöl steigt damit schneller als in den letzten 30 Jahren. Ein radikales Umsteuern auf regenerative Energiequellen wie Sonne, Wind und Biomasse ist nicht vorgesehen.

Allein die USA mit weniger als 5 Prozent der Weltbevölkerung verbrauchen 26 Prozent des jährlich geförderten Erdöls. Die drei kapitalistischen Zentren USA/Kanada, EU und Japan reißen sich zusammen 54 Prozent des Erdöls und 4 Prozent des Erdgases unter den Nagel (Bevölkerungsanteil 13 Prozent). Damit aber geraten sie zunehmend in

den Schlamassel. Die drei Zentren des Kapitalismus verfügen über ganze 4 Prozent der Welt-Ölreserven. Die Reichweite der Öl-Quellen des Westens beträgt nur noch wenige Jahre. Unter vertretbaren Kosten können die USA/Kanada nur noch rund 10 Jahre Öl aus dem eigenen Boden pumpen, beim Nordsee-Öl sind es noch knapp 7 Jahre. Die Abhängigkeit von fremdem Erdöl nimmt dramatisch zu. Und die Neigung, sich den knappen Stoff mit Gewalt zu beschaffen.

“In dem Szenario, das für Washington am günstigsten ist”, schreibt die FAZ weiter, “würde der Krieg rasch verlaufen und in Bagdad ein amerikafreundliches Regime eingesetzt. Die Ölmultis würden neue Investitionschancen finden und die Förderkapazität des Irak auf sechs Millionen Faß (je 159 Liter) am Tag nahezu verdreifachen. Dieser neue Irak könnte aus der Opec austreten, die Förderbeschränkungen des Ölkartells unterlaufen und die dominierende Rolle Saudi-Arabiens am Golf schwächen.”

Saudi-Arabien - das war bislang Washingtons Wächter über den Ölhahn. Wann immer die erdölproduzierenden Länder einen größeren Anteil an den Profiten, die aus ihren Bodenschätzen geschlagen wurden, haben wollten, war es Saudi-Arabien, das mit seinen riesigen Ölreserven jeden Versuch der Opec über geringere Fördermengen die Preise zu steigern, auskonterte. Die Saudis boten ihr Land gleichzeitig als Truppenstandort für die US-Armee am Golf an. Dafür stellten die USA sicher, dass die feudale Herrscherclique an der Macht blieb.

Inzwischen ist der Unmut in der Bevölkerung aber derart stark geworden, dass Saudi-Arabien für die USA ein immer unsicherer Kantonist wurde und sogar Gefahr läuft auf die Liste der “Schurkenstaaten” gesetzt zu werden. Ein Irak von Washingtons Gnaden könnte die bisherige Abhängigkeit der USA von den Saudis beseitigen. Schließlich verfügt der Irak über die zweitgrößten Ölvorräte der Welt. Und ein US-Besatzungsregime im Irak könnte den Druck auf den Iran, den nächsten Staat auf Bushs Öl-Achse weiter erhöhen.

Schritt für Schritt in den Krieg

Die Bundesregierung bereitet Schritt für Schritt eine Teilnahme Deutschlands an einem Krieg gegen den Irak vor.

Am 13.12. meldete die Presse, dass Bundeskanzler Schröder eine deutsche Beteiligung an AWACS-Flügen der NATO zugesichert hat. Schröder und Fischer unterscheiden jetzt spitzfindig zwischen einer “militärischen Intervention” und “Bündnisverpflichtungen”. An ersterem sollen sich Bundeswehresoldaten weiterhin nicht beteiligen, an letzterem aber schon. Tatsache ist aber, dass es sich aber bei den AWACS-Flugzeugen um fliegende Kampfstände handelt, die im Kriegsfall natürlich in die Angriffshandlungen miteinbezogen werden.

Verteidigungsminister Struck hat außerdem Waffenlieferungen an die Türkei ange-kündigt, “wenn es um eine Nato-Operation zum Schutz der Türkei geht”.